

Holpriger Start der neuen niederländischen Regierung

RASCHE REGIERUNGSBILDUNG, ABER DEBATTE UM KRANKENKASSENBEITRAG

Am 5. November – rund zwei Monate nach den Parlamentswahlen – vereidigte die niederländische Königin Beatrix I. die neue niederländische Regierung aus Rechtsliberalen (VVD) und Sozialdemokraten (PvdA) unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte. Wichtigste Herausforderungen der neuen Regierung sind die Umsetzung eines umfassenden Sparprogramms, ebenso wie die Reform des Arbeits- und Wohnungsmarktes sowie des Gesundheitssektors. Die Koalition, mit einem ehrgeizigen Regierungsprogramm angetreten, hat bereits eine erste Niederlage hinnehmen müssen: Nach heftigen Protesten der anderen Parteien und insbesondere der eigenen Wählerschaft musste eine zentrale Maßnahme – die Einführung einkommensabhängiger Krankenkassenbeiträge - wieder zurückgenommen werden. Bereits die ersten Tage machten deutlich, dass die Regierung zahlreiche unpopuläre Entscheidungen wird treffen müssen.

Hintergrund

Bei den Parlamentswahlen am 12. September 2012 schnitten die rechtsliberale VVD und die sozialdemokratische PvdA überraschend stark ab und erhielten jeweils rund ein Viertel der Stimmen. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise waren zahlreiche Wähler kurzfristig von den Sozialisten oder den Rechtspopulisten der PVV zu PvdA und VVD gewechselt. Mit insgesamt 79 Sitzen in der Tweede Kamer war es erstmals seit 1994 wieder rechnerisch möglich, eine Regierung aus nur zwei Parteien zu bilden. Im Wahlkampf standen sich beide Parteien

noch diametral gegenüber: Die VVD bestand auf Haushaltskonsolidierung, umfassende Reformen und Sozialkürzungen, die PvdA hingegen warb vor allem für eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen und einen vorsichtigeren Sozialabbau. Mit Hinblick auf die Eurokrise stand die VVD für eine starke Anlehnung an Deutschland, während der Parteiführer der Sozialdemokraten, Diederik Samson, für einen besseren Draht nach Paris warb.

Nach der Wahl sah es dennoch schnell nach einer gemeinsamen Koalition der beiden großen Kontrahenten Rutte und Samson aus. Beide Parteien haben keine Mehrheit in der Eerste Kamer (dem niederländischen Senat) und werden die formelle Unterstützung anderer Partner benötigen. Die Eerste Kamer der Niederlande kann Gesetze nochmals prüfen und auch ablehnen. Letzteres geschieht in der Praxis allerdings äußerst selten.

Trotz der mitunter erheblichen programmatischen Unterschiede konnten sich Rutte und Samson verhältnismäßig rasch auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen. Beide Parteiführer gelten trotz ihrer ideologischen Differenzen als pragmatisch. Grundsätzlich waren sich zudem beide Parteien über die Notwendigkeit umfassender Sparmaßnahmen einig. Am 29. Oktober stellte die Koalition ihr Regierungsprogramm vor.

Nur eine Woche später, am 5. November, wurde die aus 13 Ministern und 7 Staatssekretären bestehende Regierung unter Premierminister Mark Rutte von Königin Beatrix vereidigt. Im Vergleich zur Vorgängerregierung wurde ein zusätzlicher Minis-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
ANNE-SOPHIE KOENIG

16. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/bruessel

terposten geschaffen, sieben Minister kommen von der VVD, sechs von den Sozialdemokraten. Auffällig: Der Parteiführer der Sozialdemokraten, Diederik Samsom, wird nicht der Regierung angehören, sondern Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten in der Tweede Kamer werden. Mit Frans Timmermans (PvdA) übernimmt ein erfahrener Europapolitiker das Außenministerium. Vize-Premier wird der junge Sozialdemokrat Lodewijk Asscher, auch das Innenressort fällt an einen Sozialdemokraten, Ronald Plasterk. Minister für Sicherheit und Justiz wird der in seiner Partei sehr einflussreiche VVD-Politiker Ivo Opstelten, das Wirtschaftsressort fällt an Henk Kamp (VVD).

Kernpunkte des Regierungsprogramms – Debatte um die Gesundheitspolitik

Bis 2017 sollen 16 Milliarden Euro eingespart werden. Dann soll das Haushaltsdefizit nur noch 1,5% betragen. Insgesamt ist das Regierungsprogramm ein Kompromisspaket, das sowohl Kernanliegen der Sozialdemokraten wie der Rechtsliberalen berücksichtigt.

Eine zentrale Maßnahme ist die heftig debattierte Reduzierung der Darlehenszinsen von Hypothekenverträgen. Eine Auswahl weiterer Maßnahmen: Senkung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer von 52 auf 49%, Erhöhung von Alkohol- Tabak- und Dieselsteuer, Begrenzung von Bonuszahlungen im Finanzsektor auf 20%, Begrenzung der Laufzeit des Arbeitslosengelds auf zwei Jahre, Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Rentenprämien für Einkommen von über 100.000 Euro, höhere Versicherungsbeiträge, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 66 Jahre in 2018 und 67 Jahre in 2021.

Kürzungen betreffen unter anderem die Verwaltung, den Verteidigungshaushalt (250 Millionen Euro) und den Kulturbereich. Schwer wiegt die Kürzung der Entwicklungshilfe um eine Milliarde Euro (das entspricht einer Reduzierung um 20% im Vergleich zum bisherigen Budget).

Die größte Kontroverse verursachte die vorgesehene Einführung eines einkommensab-

hängigen Krankenkassenbeitrags: Noch unmittelbar vor den Wahlen hatte die VVD einen solchen Schritt abgelehnt. Entsprechend heftig war die Kritik von allen Oppositionsparteien, aber insbesondere auch innerhalb der VVD. Der Vorwurf: Die Einführung sei ein Schritt zu einer Nivellierung der Einkommensverhältnisse und würde insbesondere mittlere Einkommen stark treffen. Berechnungen von Wirtschaftsinstituten sagten zudem schwere Einbußen bei der Kaufkraft voraus. Von ihren Wählern wurde die VVD beschuldigt, den Sozialdemokraten gegenüber zu sehr nachgegeben zu haben. Bei einer Umfrage gab rund die Hälfte der Befragten an, dass die Sozialdemokraten ihre Forderungen besser verwirklichen konnten als die VVD, nur 13% sahen die Partei von Rutte im Vorteil. Innerhalb einer Woche fiel die VVD in der Wählergunst auf etwas mehr als die Hälfte der im September erzielten Stimmen. Wären heute Wahlen, würde die Regierung heute nur noch über rund 50-60 der 150 Sitze verfügen. Angesichts dieses Proteststurms lenkten Rutte und Samsom ein und zogen die einkommensabhängige Gesundheitsprämie am 12. November wieder zurück. Gegenleistung für die Sozialdemokraten: 250 Millionen Euro zusätzliche Mittel für schwächere Einkommen. Zudem werden einige Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes, etwa beim Kündigungsschutz, aufgeweicht.

Bei der traditionellen Parlamentsdebatte über die Vorschläge am 14. November warb Rutte zudem um die Unterstützung der Oppositionsparteien und bot einen engen Dialog an. Die Linksliberalen der D66 sowie die protestantischen Kleinparteien CU und SGP machten deutlich, dass sie die Regierung in der Ersten Kammer in den meisten Fällen unterstützen würden.

Pragmatisch proeuropäische Haltung

In ihrer gemeinsamen Regierungserklärung bekennt sich die Koalition klar zu Europa und einer konstruktiven Haltung im europäischen Integrationsprozess.

Konkret spricht sich die Regierung für die Schaffung einer einheitlichen Bankenaufsicht aus sowie für die mittelfristige (!) Schaffung einer europäischen Einlagensi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENZKE

ANNE-SOPHIE KOENIG

16. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/bruessel

cherung. Eine Rekapitalisierung von Banken durch den ESM soll nur unter strengen Auflagen erfolgen dürfen. Darüber hinaus will die Regierung die Koordinierung von Haushalts- und Wirtschaftspolitiken wo nötig verstärken. Wie die Bundesregierung setzt sie sich zudem für eine Stärkung der Position des Wirtschafts- und Währungskommissars ein.

In anderen Punkten ist die Haltung gegenüber der EU eher nüchtern-pragmatisch: So will sie die Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene prüfen. Der Mehrjährige Finanzrahmen darf nicht erhöht werden. Konkret sollen der Anteil von Kohäsionsfonds und Agrarhilfen verringert werden, um mehr Mittel für die Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit einzusetzen. Europäische Mittel sollen effizienter genutzt werden. Eine weitere Kernforderung ist zudem die Verringerung des niederländischen Beitrags zum EU-Haushalt. Gegenüber Griechenland wird die Regierung den bisherigen Kurs fortsetzen.

Position des CDA

Lobend äußerte sich der Fraktionschef des CDA, Sybrand van Haersma Buma, über die pro-europäische Haltung der Koalition, die Bemühungen zur Entbürokratisierung sowie die geplante Politik der Lohnmäßigung. Ebenso wie VVD und PvdA steht auch der CDA für eine Politik der Haushaltskonsolidierung ein.

Kritik hatten die Christdemokraten hingegen an der geplanten Einführung eines einkommensabhängigen Krankenkassenbeitrags geäußert; die eigentlichen Schwächen des aktuellen Systems würden dadurch nicht behoben und seien ein zu großes Zugeständnis an die Sozialdemokraten. Dieser Schritt würde zum Verlust zahlreicher Jobs und zu einer Überbelastung mittlerer Einkommen führen. Buma verglich die Koalition bereits mit der Regierungszeit des sozialdemokratischen Premiers den Uyl in den 70er Jahren.

Des Weiteren bemängeln die Christdemokraten, dass insbesondere ältere Menschen und Familien mit Kindern zu stark unter den Einschnitten zu leiden hätten. Konkret kritisiert der CDA die Abschaffung des bezahlten Erziehungsurlaubs sowie die Kürzung des

Kindergelds ebenso wie Kürzungen im Bereich der Pflege.

Kritik übte Buma auch an den Kürzungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Insgesamt bemängelte Buma das Fehlen einer mittelfristigen politischen Vision des Zweckbündnisses. Mit Hinblick auf die europapolitische Ausrichtung warf der CDAfraktionsvorsitzende Premier Mark Rutte zudem Doppeltzungigkeit vor.

Der CDA versucht nun, sich als führende konstruktive Oppositionspartei der Mitte zu positionieren. Bei der Debatte um die Gesundheitspolitik konnte Fraktionsvorsitzender van Haersma Buma punkten. So konnte seine Partei zuletzt leicht verbesserte Umfragewerte verbuchen.

Ausblick

Der Wirbel um das Regierungsprogramm macht deutlich, dass beide Regierungsparteien vor einem schwierigen Drahtseilakt stehen. Es wird sich kaum vermeiden lassen, einen Teil der Wähler zu verprellen: Zu harte soziale Einschnitte werden sozialdemokratische Wähler zu den Sozialisten treiben. Eine als zu europafreundlich wahrgenommene Politik der VVD wird der PVV von Geert Wilders Auftrieb geben. Bei zu starker Belastung von Unternehmen wird die VVD gegenüber dem CDA und D66 angreifbar. Der dramatische Absturz der VVD in den Umfragen zeigt wie sehr die guten Ergebnisse beider Parteien bei den Parlamentswahlen letztlich taktischem Wahlverhalten entsprangen und wie empfindlich die eigenen Wähler auf zu weit gehende Zugeständnisse reagieren.

Die umfassenden Einschnitte – zwischen 2010 und 2017 sind es insgesamt rund 46 Milliarden Euro – werden wohl künftig immer wieder zu Diskussionen führen.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Regierung trotz der für niederländische Verhältnisse bemerkenswert raschen Koalitionsbildung eine Allianz auf Zeit, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch für die Niederlande noch vor zahlreichen Bewährungsproben stehen wird. Nur eine Minderheit der Wähler und der Experten glaubt,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

ANNE-SOPHIE KOENIG

16. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/bruessel

dass die Regierung die komplette Legislaturperiode durchhalten wird.

Durch das Gezerre um die Krankenversicherung haben beide Parteien, insbesondere aber die VVD vorerst an Glaubwürdigkeit verloren. Die Regierung ist bereits mit einer Hypothek belastet, bevor sie ihre Arbeit überhaupt aufgenommen hat.

Für den CDA geht es nun darum, konstruktive Opposition zu üben, ohne dem sozialpolitischen Populismus von PVV und SP anheimzufallen.

Die letzten Wochen machten zudem deutlich, dass das schwache Abschneiden der beiden populistischen Kräfte nur ein Zwischentief gewesen sein könnte. Unpopuläre Entscheidungen der Koalition werden nicht ausbleiben und könnten enttäuschte Wähler zurück in die Arme der Sozialisten bzw. der Rechtspopulisten treiben.

In europäischen Fragen werden die Niederlande grundsätzlich ein enger Partner Deutschlands bleiben und bei Fragen der Konditionalität und der Haushaltskonsolidierung weiter zu den Verbündeten zählen. Hinsichtlich der Schaffung einer politischen Union ist die Regierung noch zurückhaltend.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENZKE
ANNE-SOPHIE KOENIG

16. November 2012

www.kas.de

www.eukas.eu

ANHANG I) Regierung Rutte II

Minister

Name	Amt	Partei
Mark Rutte	Ministerpräsident	VVD
Lodewijk Asscher*	Soziales, Arbeit	PvdA
Ronald Plasterk	Inneres, Überseegebiete	PvdA
Frans Timmermans	Auswärtige Angelegenheiten	PvdA
Lilianne Ploumen	Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit	PvdA
Jeanine Hennis-Plasschaert	Verteidigung	VVD
Henk Kamp	Wirtschaft	VVD
Melanie Schultz van Haegen	Infrastruktur, Umwelt	VVD
Jeroen Dijsselbloem	Finanzen	PvdA
Ivo Opstelten	Sicherheit, Justiz	VVD
Jet Bussemaker	Bildung, Kultur, Wissenschaft	PvdA
Edith Schippers	Gesundheit, Sport	VVD
Stef Blok	Wohnen, Reichsdienste	VVD

*Vize-Premierminister

Staatssekretäre

Co Verdaas	Wirtschaft	PvdA
Frans Weekers	Finanzen	VVD
Sander Dekker	Bildung, Kultur, Wissenschaft	VVD
Wilma Mansveld	Infrastruktur, Umwelt	PvdA
Jetta Klijnsma	Soziales, Arbeit	PvdA
Fred Teeven	Sicherheit, Justiz	VVD
Martin van Rijn	Gesundheit, Sport	PvdA

16. November 2012

www.kas.dewww.eukas.eu**ANHANG II: Kurzportraits Regierungsmitglieder (Auswahl)****Mark Rutte (Ministerpräsident, VVD)**

Geboren am 14. Februar 1967 in Den Haag. Seine politische Karriere auf nationaler Ebene beinhaltet Posten wie Staatssekretär für Arbeit und Soziales (ab 2002) und Staatssekretär für Bildung (ab 2004). Seit

2003 ist er Abgeordneter in der Tweede Kamer. Im Mai 2006 übernahm er den Parteivorsitz der VVD und im Juni des selben Jahres den Fraktionsvorsitz. Anfangs umstritten, konnte er sich gegen mehrere Widersacher insbesondere vom rechten Parteiflügel behaupten. Von Mai 2010 bis September 2012 war Rutte Regierungschef der Koalition aus VVD, CDA und PVV.

Lodewijk Asscher (Vizepremier, Soziales und Arbeit)

Geboren am 27. September 1974 in Amsterdam. Studium der Rechts-wissenschaften an der Universität seiner Heimatstadt wo er auch promovierte. Ab 2002 war er im Amsterdamer Gemeinderat aktiv und wurde bereits zwei Jahre später zum lokalen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Asscher gilt als verheißungsvolles Talent der Sozialdemokraten

Ivo Opstelten (Sicherheit, Justiz, VVD)

Geboren am 31. Januar 1944, Jurist. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereich Staats-

und öffentliches Recht. Der jetzige Justizminister war in seiner bisherigen politischen Karriere vor allem in der Kommunalpolitik aktiv. Er war in Bürgermeister in verschiedenen Städten, zuletzt in seiner Geburtsstadt Rotterdam (1999-2009). Auf nationaler Ebene fungierte er zwischen 1987 und 1992 als Ministerialdirektor für öffentliche Ordnung und Sicherheit im niederländischen Innenministerium. Zwischen 1986 und 1993 Stellvertretender Parteichef der VVD, und von 2008 bis 2010 Vorsitzender. Opstelten ist einer der einflussreichsten Politiker der VVD. Rutte hat seine starke Position in der Partei nicht zuletzt seiner Unterstützung zu verdanken.

Frans Timmermans (Außen, PvdA)

Geboren am 6. Mai 1961 in Maastricht. Timmermans ist ein erfahrener Außenpolitiker, u.a. arbeitete er für das niederländische Außenministerium als Botschafter in Moskau.

Mitte der 90er Jahre war er Mitglied im Kabinett des EU-Erweiterungskommissars Hans van den Broek. Bevor er 1998 als Abgeordneter in die Tweede Kamer einzog arbeitet er als Berater und bei der OSZE. Er nahm als einer der Vertreter der Niederlande am Europäischen Verfassungskonvent teil. In der Regierung Balkenende III 2007 zum Staatssekretär für europäische Angelegenheiten ernannt.